

Eine kraftvolle
Partnerschaft
seit dem 12. Mai 1965

Vierzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen

Johannes Gerster

In den Pässen des 1948 gegründeten Staates Israel stand lange Zeit der Vermerk „Gilt für alle Länder mit Ausnahme Deutschlands“.

In Israel war der Gebrauch der deutschen Sprache im Rundfunk, Konzert, Theater und Kino ebenso verboten wie die Einfuhr von Publikationen aus Deutschland. Auch der Boykott anderer deutscher Produkte galt als „nationale Pflicht“. Nach dem Massenmord an sechs Millionen Juden durch das nationalsozialistische Terrorregime und nach dem ersten Überlebenskrieg des jungen und armen Staates Israel erschien die Aufnahme von Beziehungen zu den Deutschen völlig undenkbar. Hass und Verachtung für Deutschland und das deutsche Volk waren eine Art kollektive Gesinnung und wichtiger Teil der politischen Kultur in Israel. Deutschland war gewissermaßen von der Landkarte gestrichen und sollte für alle Zeiten geächtet und gemieden werden.

Auch im Nachkriegsdeutschland gab es andere Sorgen, als über Beziehungen zum neu gegründeten Staat Israel zu reden oder über eine Wiedergutmachung für die Verbrechen gegenüber dem jüdischen Volke auch nur nachzudenken.

Deutschlands Großstädte und Infrastruktur waren weitgehend zerstört. Über zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene strömten nach Westdeutschland. Auch die Deutschen bangten um ihre Zukunft. Sie fühlten sich eher besiegt und gedemütigt als schuldig oder mitschuldig für das, was vor allem den Juden angetan

worden war. Und dennoch sollte es kurz nach der Gründung der beiden Staaten zu ersten offiziellen, wenn auch zunächst nicht öffentlichen Kontakten zwischen beiden Regierungen kommen.

Realpolitik und Moral

Bereits zwei Monate nach seiner Wahl zum Bundeskanzler, am 25. November 1949, hatte Konrad Adenauer gegenüber der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* erklärt, dass er die Wiedergutmachung als eine Pflicht Deutschlands ansehe und gewillt sei, diesen Prozess energisch voranzutreiben. Dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, sagte Adenauer bei einer Begegnung am 6. Dezember 1951 in London zu, auf der Grundlage der von Israel inzwischen geltend gemachten Ansprüche in Verhandlungen zu treten.

Ben-Gurion war unmittelbar nach seiner Wahl zum ersten Premierminister Israels „kein glühender Anhänger“ einer deutschen Wiedergutmachung.

Dennoch: Ohne ihn, seine Einsicht, dass die Hilfe Deutschlands für die Zukunftssicherung Israels unverzichtbar sei, aber auch ohne die mit Ben-Gurion vergleichbare Durchsetzungsfähigkeit eines Konrad Adenauer wäre die totale Sprachlosigkeit zwischen Israelis und Deutschen nicht so rasch überwunden worden. Beide, Adenauer und Ben-Gurion, waren Realpolitiker, Machtpolitiker und zugleich Visionäre.

Den zionistischen Arbeiterführer Ben-Gurion und den rheinischen Katholiken

Der israelische Premierminister David Ben-Gurion und Konrad Adenauer am 14. März 1960 bei einem Treffen im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel.

© dpa



aus dem Bildungsbürgertum, Adenauer, verbanden ethische Grundsätze und die politischen Interessen ihrer Völker. Ben-Gurion glaubte an das neue, demokratische Deutschland. Er hielt es für ein humanes Gebot, einer neuen deutschen Generation einen Vertrauensvorschuss einzuräumen. Dem widersprach nicht, dass dieses neue Deutschland nach seiner Überzeugung eine moralische Pflicht trug, beim Aufbau Israels tatkräftig zu helfen.

Adenauer kleidete seine Überzeugung am 27. September 1951 im Bundestag in die fast hymnische Erklärung: Es sei „die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes, im Verhältnis zum Staat Israel und zum jüdischen Volk den Geist wahrer Menschlichkeit wieder lebendig und fruchtbar werden zu lassen“.

Natürlich wusste und berechnete Adenauer ganz genau, dass eine tatkräftige und glaubhafte Wiedergutmachung und die Aussöhnung mit Israel zugleich die Eintrittskarte in die internationale Staatengemeinschaft bedeuteten.

Bei Adenauer und Ben-Gurion galt mehr als bei anderen Politikern die Erkenntnis, dass realpolitische Interessen und moralische Ansprüche miteinander verknüpft werden müssen. Und beide setzten das für richtig Erkannte gegen starke Widerstände in ihren Ländern durch.

Die ersten Weichenstellungen

Drei ebenso wichtige wie spektakuläre Ereignisse stehen für die Annäherung Deutschlands und Israels auf dem sehr dornenreichen und von Rückschlägen

begleiteten Weg in den folgenden Jahren.

Bereits am 10. September 1952 unterzeichneten Konrad Adenauer und der israelische Außenminister Moshe Sharett das Luxemburger Abkommen, das Deutschland zur Zahlung von drei Milliarden Mark Wiedergutmachung in einem Zeitraum von zwölf Jahren verpflichtete. In der Begründung hieß es recht vollmundig, dass Deutschland damit versuche, den materiellen Schaden der nationalsozialistischen Verbrechen „wieder gutzumachen“.

Waren bis Mitte der fünfziger Jahre die Israelis noch nicht am Vollzug formaler bilateraler Beziehungen mit Deutschland interessiert, wendete sich das Blatt in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts. Mit der Hallstein-Doktrin, dem deutschen Alleinvertretungsanspruch, wollte dann die Bundesrepublik keinen deutsch-israelischen Botschafteraustausch, um nicht die arabischen Staaten zu einer Anerkennung der DDR zu animieren.

Umso wichtiger war das zweite herausragende Ereignis, die erste, historisch zu nennende Begegnung Adenauers mit Ben-Gurion am 14. März 1960 im Waldorf-Astoria-Hotel in New York. Beide Staatsmänner verstanden sich schnell, ja fanden Sympathie und Respekt zueinander. Beide wollten den Neuanfang, eine nach dem Naziterror fast übermenschliche Herausforderung.

Zwar sollte es noch fünf Jahre dauern und Ben-Gurion und Adenauer nicht mehr in ihren Ämtern sein, bis es am 12. Mai 1965 schließlich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch die Regierungschefs Levi Eshkol und Ludwig Erhard kam. Doch nahm damit letztlich die Vision der beiden großen Staatsmänner Adenauer und Ben-Gurion Gestalt an.

Besondere und gute Beziehungen

Die deutsch-israelischen Beziehungen entwickelten sich nicht immer krisenfrei,

aber stetig und verlässlich weiter. Heute ist Deutschland nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Israels in der Welt, das Land mit den meisten Städtepartnerschaften, das nach wie vor einen Spitzenplatz in der Besucherstatistik des jüdischen Staates einnimmt. Fragt man jedoch jugendliche Israelis nach der Beliebtheit der Staaten der Welt in Israel, rangieren die USA an erster und Deutschland in der Nachbarschaft von Russland, Iran und Syrien am Ende der Skala. Hier wirken sich die breite Holocaust-Erziehung vom Kindergarten bis zur Universität und geringe Kenntnisse über das neue, demokratische Deutschland in Israel aus. Werden dagegen die wahlberechtigten Bürger Israels nach den besten Freunden in der Welt gefragt, rangiert Deutschland inzwischen im oberen Drittel der Skala. So wie die Zahl deutscher Autos auf israelischen Straßen immer größer wird und deutsche Produkte im Einzelhandel immer zahlreicher angeboten werden, so sehr entkrampft sich die Wahrnehmung Deutschlands im israelischen Alltag mehr und mehr.

Ist also das deutsch-israelische Verhältnis, sechzig Jahre nach der Shoah, immer noch ein besonderes Verhältnis? Fragt man offizielle Israelis oder Israelis offiziell, lautet die Antwort: Ja.

Ich selbst habe in israelischen Zeitungen bereits vor Jahren geschrieben, die deutsch-israelischen Beziehungen seien besonders belastet, besonders sensibel, aber auch besonders gut. Dieser Formulierung hat niemand widersprochen.

Die Bewertung des israelischen Staatspräsidenten Moshe Katzav beim Besuch von Bundespräsident Horst Köhler am 2. Februar 2005 in der Knesset ist noch aufschlussreicher. Zwar nannte er die deutsch-israelischen Beziehungen immer noch kompliziert, um dann festzustellen: Deutschland sei in der internationalen Staatenwelt „ein wahrer Freund Israels“.

Man kann es auf einen Nenner und zwei Sätze bringen: Wir Deutschen tragen eine historisch begründete, besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Diese weiterhin ernst genommene Verpflichtung öffnet zugleich das Tor zu rundum guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern.

So gut die deutsch-israelischen Beziehungen auch heute geworden sind, so sensibel gilt es Anzeichen einer drohenden Abkühlung zu erkennen, zu analysieren und entgegenzuwirken.

Leichte Abkühlung

Die israelische Öffentlichkeit registriert besonders aufmerksam die zunehmenden antisemitischen und ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland. Wir werden wie durch Brenngläser beobachtet. So spielt in israelischen Medien der Anstieg gewalttätiger Straftaten, die den radikalen Rechten und den Neonazis inzwischen in allen Teilen Deutschlands zugeordnet werden, eine wichtige Rolle.

Mit großer Sorge wird die Verschlechterung der Position Israels in der deutschen Öffentlichkeit, die bisher als die Israel-freundlichste in Europa galt, wahrgenommen. Dass vierzig Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen nur ein Viertel der Deutschen glaubt, zwischen ihrem Land und Israel bestünden enge Beziehungen, und nur dreizehn Prozent der Deutschen meinen, Deutschland solle seine Zusammenarbeit mit Israel vertiefen, kratzt derzeit erheblich am Erscheinungsbild Deutschlands in Israel.

Die Lage erscheint paradox: Trotz Shoah erscheint das Bild Deutschlands in Israel derzeit positiver als das Bild Israels in Deutschland. Die Israelis machen dafür zwei parallele Entwicklungstendenzen verantwortlich. Zum einen die ihrer Meinung nach allzu einseitige Parteinahme der europäischen Staaten und der Gremien der EU im Nahost-Konflikt zu

Gunsten der Palästinenser und daraus folgend eine immer einseitigere Presseberichterstattung für die Palästinenser und gegen Israel auch in Deutschland. Zum anderen der wachsende Einfluss islamischer, vornehmlich palästinensischer Einwohner auf die innenpolitischen Debatten in der Bundesrepublik.

Auf der anderen Seite beklagen selbst die besten Freunde Israels in Deutschland die mangelhafte Darstellung des Nahostkonfliktes. Man vermisst schlüssige Konzepte zur Beendigung eben dieses Konfliktes. Immer weniger Deutsche verstehen das Vorgehen Israels gegen die palästinensischen Nachbarn. Die konkrete Gefahrenlage, in welcher sich Israel besonders seit Ausbruch der zweiten Intifada im Jahre 2000 sieht, ist der breiten Öffentlichkeit nicht bewusst. Mit dem weitgehenden Zusammenbruch des Tourismus in Nahost wuchs die Entfremdung zwischen Israel, den europäischen Staaten und insbesondere auch Deutschland. Die Missverständnisse zwischen Israel und Europa nahmen zu.

Ein neuer Anlauf tut Not

Vierzig Jahre deutsch-israelischer offizieller Beziehungen sollten daher dazu genutzt werden, das gegenseitige Verständnis zu fördern und neues Vertrauen aufzubauen. Als Leitlinie könnten dabei die Aussagen von Bundespräsident Horst Köhler vom 2. Februar 2005 in Jerusalem dienen:

„Deutschland steht unverbrüchlich zu Israel und seinen Menschen. Ich sehe in Israel einen Partner, mit dem wir Werte und Interessen gemeinsam haben. Unsere Zusammenarbeit hat Potenzial und Zukunft.“

Erstens: Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung für das Existenzrecht Israels stärker in der Europäischen Union für eine gemeinsame Nahostpolitik der EU einsetzen.

In der Vergangenheit vermittelten die europäischen Staaten im Nahen Osten eher eine babylonische Sprachverwirrung anstelle eines konstruktiven, gemeinsamen Vorgehens. Der derzeitige politische Frühling im israelisch-palästinensischen Kontext sollte Anlass genug sein, eine einheitliche Position der EU herbeizuführen.

Zweitens: Die deutsche Außenpolitik sollte nicht den Eindruck verstärken, als könne sie eine Vermittlerrolle im Nahen Osten spielen. Dies würde unnötige Spannungen zu den USA und den europäischen Nachbarn aufbauen. Ihr Betätigungsfeld liegt vor allem in der so dringlichen Einigung in der Europäischen Union und in der Abstimmung über ein gemeinsames Vorgehen mit den USA. Würden die EU und die USA im Nahen Osten gemeinsam und nicht in Konkurrenz zueinander auftreten, wäre viel für den Frieden gewonnen.

Drittens: Die klassischen deutsch-israelischen Partnerschaften, ob Städte-, Vereins-, oder Schulpartnerschaften, sind ebenso wie der Jugendaustausch weitgehend zum Erliegen gekommen. Hier sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um eine flächenübergreifende Revitalisierung zu erreichen.

Viertens: Deutschland genießt inzwischen ein hohes Ansehen in Israel und ein traditionell gutes Ansehen in der arabischen Welt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem hat diese Tatsache in den zurückliegenden Jahren genutzt, um mit israelisch-palästinensischen Partnern ein Netzwerk für Gemeinschaftsprojekte aufzubauen. Selbst in den Jahren politischer Stagnation und Gewalt wurden Politiker, Beamte, Lehrer, Journalisten, Religionsvertreter und Studenten beider Seiten in Seminaren und Workshops zu-

sammengeführt. Von diesen Arbeiten können nun – in den Zeiten politischen Tauwetters – Impulse zur friedlichen Beilegung des Konfliktes ausgehen. Auch die Europäische Union sollte durch die Förderung von Gemeinschaftsprojekten dazu beitragen, dass Israelis und Palästinenser Teile ihrer Probleme, zum Beispiel im Umweltschutz, gemeinsam lösen. Dadurch würde neues Vertrauen zur jeweils anderen Seite wachsen.

Fünftens: Die deutsch-israelischen Beziehungen sind schon lange der Pubertät entwachsen. Sie vertragen Freundschaft, Offenheit, Direktheit und Ehrlichkeit und benötigen keine falsche Rücksichtnahme.

Wer für das Existenzrecht Israels eintritt, ist nicht gegen die Palästinenser. Wer dem palästinensischen Volk den Anspruch, sich eigenverantwortlich zu entwickeln, zugesteht, ist nicht gegen Israel. Wer die palästinensische Politik kritisiert, ist deshalb nicht pro-israelisch. Wer die israelische Politik kritisiert, ist deshalb nicht antisemitisch.

Nach acht Jahren Tätigkeit in Israel, für Israel und für den israelisch-palästinensischen Ausgleich bleibt dem Verfasser vor allem eine Erkenntnis:

Aus schwierigsten Anfängen haben sich die deutsch-israelischen Beziehungen so kraftvoll entwickelt, dass ihnen eine gute Zukunft prognostiziert werden kann. Den Staatsmännern und -frauen und allen, die sich für die deutsch-israelischen Beziehungen und den israelisch-palästinensischen Ausgleich einsetzen, ist dabei der Weitblick, der Mut und das Durchsetzungsvermögen eines David Ben-Gurion und eines Konrad Adenauer zu wünschen.

Umso mehr diese Vorbilder Nachfolger finden, umso weniger braucht einem um die Zukunft bange zu sein.